

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 6  
Juni 1983  
5. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Gegen den Ausverkauf der Heimat

## Sechs Gründe sprechen dafür

Sechs Gründe sprechen dafür, weshalb einerseits das von der grossen Kammer verabschiedete Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer Unterstützung verdient und weshalb andererseits die Initiative der Nationalen Aktion abzulehnen ist. Die Gründe, weshalb dem «Ausverkauf der Heimat» ein stärkerer Riegel als bisher geschoben werden muss, erläutert FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan, Zofingen AG:

Die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung ist für eine Verschärfung der Praxis der «Ausländerverkäufe», wie sie heute gemäss dem noch geltenden Bundesbeschluss und der Verordnung über den Erwerb von Grundstücken durch Fremdenverkehrsarten durch Periklonen im Ausland gehandhabt wird. Sie nimmt an der wilden Ueberbauung in Fremdenverkehrsarten Anstoss, beklagt die Zerstörung von schönsten Landschaften, befürchtet die weitere Vergrößerung der Berggebiete — vergisst aber dabei, dass zu einem massgebenden Teil auch Schweizer waren, die als Ersteller oder Käufer von Ferienwohnungen aufgetreten sind und damit zu Exzessen bei Eingriffen in Landschaften und gewachsene dörfliche Strukturen beigetragen haben.

Es gilt auch ganz nüchtern festzustellen, dass in vielen Fremdenverkehrsarten eine taugliche und gezielte Ortsplanung zu spät ausgearbeitet wurde. Bestehende Bundesgesetze (wie z. B. das Naturschutz- und Heimatschutzgesetz) wurden nicht oder viel zu laxe gehandhabt. Nicht übersehen werden darf, dass nicht nur in Fremdenver-

kehrskantonen, sondern auch andernorts beträchtliche Flächen heimatlichen Bodens in ausländische Hand übergegangen sind. Manche unserer Mitbürger reagieren das unguete Gefühl, das sie mit Recht angesichts der eingetretenen Entwicklungen beschleicht, einseitig an den Ausländern ab, die bei uns Grundeigentum erwarben. Zugegeben: Es stört, wenn Schweizer Boden einfach so als Objekt von Kapitalanlagen für Ausländer erhalten muss!

Das neue Bundesgesetz hat eine klare Zielsetzung: Kampf gegen die Bodenüberfremdung. Es ist eine taugliche Kombination von berechtigter Verschärfung einerseits und ebenso berechtigter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse der Fremdenverkehrskantone andererseits. Es nimmt — richtigerweise — auf die spezifische Situation in den Fremdenverkehrskantonen Rücksicht, die zum Teil sehr stark, bis in feine Verästelungen ihrer Volkswirtschaften hinein, vom Tourismus abhängen.

### Kompetenzen für Kantone ...

Das Gesetz belässt den Kantonen und Gemeinden im Rahmen des

enger gewordenen bundesrechtlichen Korsetts einen erheblichen Gestaltungsraum. Dies ist auch von staatspolitischer Bedeutung, weil wir ja keinen «Dauerkrieg» zwischen dem «Unterland» und den Gebirgs- und Touristikkantonen wollen! Auch hier muss der Föderalismus wieder besser zum Funktionieren kommen; hier wäre es sogar ohne das Schmieröl der Subventionen möglich!

### ... und Gemeinden

Den Gemeinden wird von Bundes wegen die Möglichkeit eingeräumt, von sich aus weitergehende Beschränkungen als ihr Kanton zu beschliessen. Mag auch der direkte «Durchgriff» des Bundesgesetzgebers auf die Gemeinden grundsätzlichen föderalistischen Bedenken rufen, so müssen sie doch vor Ueberlegungen und Argumenten zurücktreten, die diese Abkürzung im föderalistischen Instanzenzug voll und ganz rechtfertigen.

Ich betrachte diese den Gemeinden unbedingt einzuräumende Möglichkeit sogar als einen der politisch zentralen Punkte dieser Gesetzesvorlage. Sie gibt dem Bürger das Vertrauen, nötigenfalls in seiner für ihn überblickbaren Gemeinde die Notbremse ziehen zu können, wenn «die oben» aus welchen Gründen auch immer eine Politik betreiben, welche ihm für seine Gemeinde eben nicht oder nicht mehr behagt. Jede Gemeinde soll ihrer besonderen Lage entsprechend, im Rahmen des übergeordneten Rechts selbstverständlich, Massnahmen treffen können.

### Keine Roskur

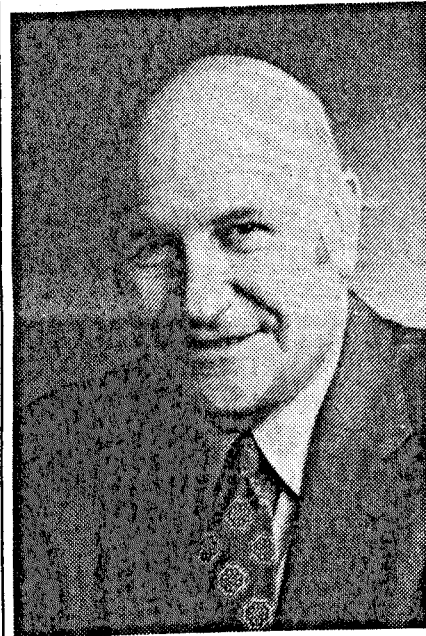
Der Gesetzesentwurf vermeidet eine Roskur à la Dr. Eisenbart. Als indirekter, materieller Gegenvorschlag zur Volksinitiative der

Fortsetzung auf Seite 2

Mehr Staat oder mehr Alternativ?

## Widersprüche im SPS-Parteiprogramm

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) hat sich nach sechsjährigen Geburtswehen ein neues Parteiprogramm gegeben, das in seiner endgültigen Form im Mai 1983 veröffentlicht wurde. FDP-Kantonsrat Dr. Kurt Müller (Meilen), Inlandchef der «NZZ», hat es für den «Freisinn» unter die Lupe genommen.



auch das folgerichtige Ergebnis der Einsetzung einer linksprogressiven «Schriftsteller-Kommission», die in einem ersten Entwurf das Selbstverwaltungsprinzip (nach jugoslawischem Vorbild) zum ein und alles für die Gesellschaft, die Wirtschaft und den Staat machen wollte. Erst der Widerstand in der gewerkschaftlichen Arbeiterbasis — einer der wenigen am Parteitag in Lugano auftretenden Arbeiter sprach vom «Selbstverwaltungs-mist» — verhalf dann dem Versuch zur Aus-söhnung des Selbstverwaltungs- und des Alternativ- mit dem alten Forderungs-sozialismus zum Durchbruch.

### Staatsgläubigkeit und Skepsis gegen die Macht

Doch es blieb beim untauglichen Versuch. Das Programm enthält zwar einerseits bei der SPS bisher völlig unbekannt Töne: «Zuviel Macht für den Staat führt zur arroganten und anonymen Bürokratie»; «die Tendenz zum totalitären Staat ist überall dort vorhanden, wo nicht Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Dezentralisierung die Demokratie prägen». Und die Selbstverwaltung wird im beschlossenen Programm immer noch als das «umfassende Prinzip» für «alle Bereiche in Arbeit, Familie, Bildung, Kultur und Sozialwesen» erklärt und zusammen mit der Dezentralisierung in den Programm-erläuterungen zur «sozialdemokratischen Antwort auf den bürgerlichen Ruf nach „weniger Staat“»

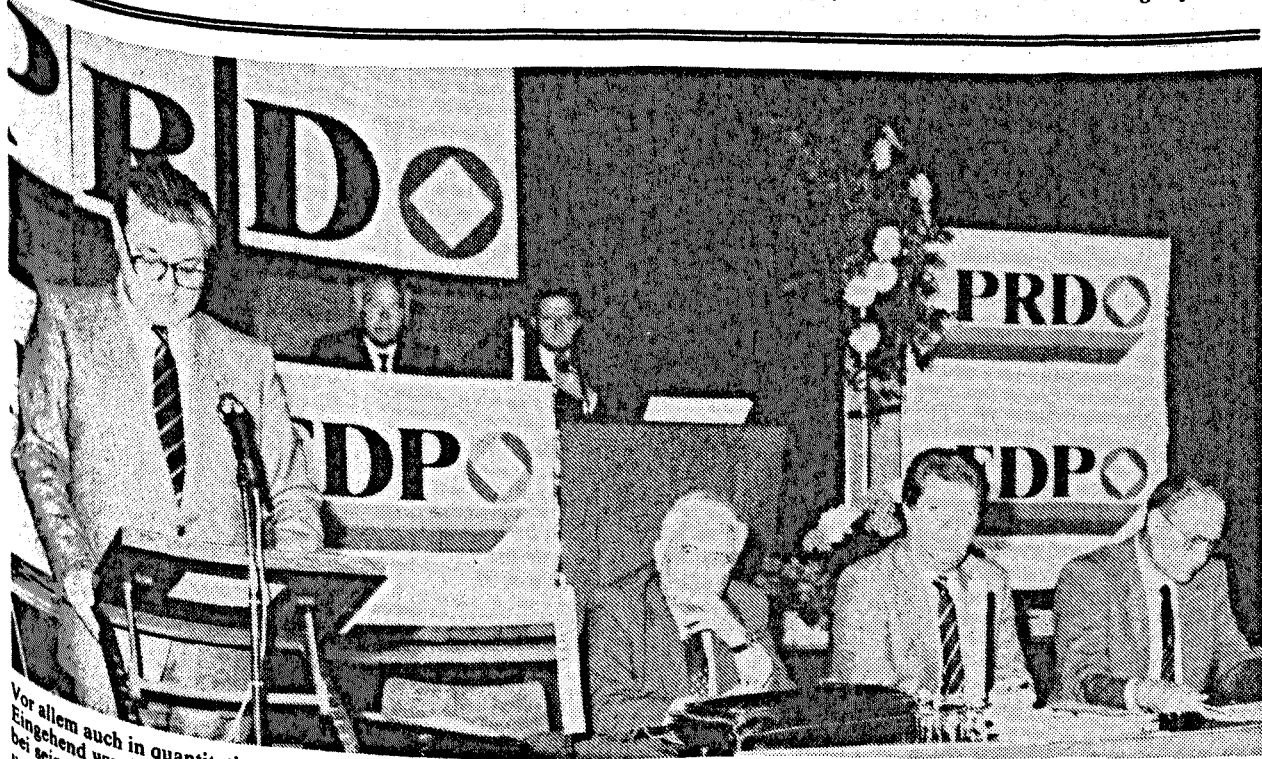
Fortsetzung auf Seite 4

### Welche Grundlage trägt das neue Programm?

Parteipräsident H. Hubacher beklagte in der «Schweizer Illustrierten» in einem Interview das «diffuse Erscheinungsbild» der SPS, weshalb sie «ihre Programmatik nicht wirkungsvoll an die Wähler» herantreibe. Widersprüchlich ist in der Tat auch das neue Programm, das am Parteitag in Lugano auf Grund eines Entwurfes der Mehrheit der Programmkommission und gegen den heftigen Widerstand einer Minderheit, die mit ihrem eigenen Entwurf nicht durchdrang, beschlossen wurde.

### Die «Doppelzweibel» der Mitgliederstruktur

Dieser innere Widerspruch war nicht nur durch die Mitgliederstruktur gewissermassen vorprogrammiert, die einer «Doppelzweibel» gleicht: zahlreiche Mitglieder über 60 und zahlreiche unter 40, aber wenige Berufstätige in verantwortlicher Stellung. Sie war



Vor allem auch in quantitativer Hinsicht bemerkenswert war das Echo, das der Parteitag der FDP der Schweiz in Weinfelden auslöste. Eingehend wurde über die Aussprache über die «Zielsetzungen 83/87» rapportiert. — Unser Bild zeigt Parteipräsident Yann Richter bei seinen Begrüßungsworten. Neben ihm Bundesrat Georges-André Chevallaz, Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey und der Nidwaldner Regierungsrat Dr. Hugo Waser, Mitglied der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz. Auf dem Podium sind zu erkennen Nationalrat Ulrich Bremi (links) sowie der freisinnige Zürcher Ständeratskandidat, Prof. Riccardo Jagmetti. (Foto Ger-

Sparen?  
Dann zur  
SKA.



SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA

Europäische Frauenunion

## Europäisch denken und handeln

Die Förderung europäischen Denkens und Handelns ist Zweck und Ziel der auf Initiative von Frauen der Oesterreichischen Volkspartei (ÖVP) im Jahr 1955 in Den Haag gegründeten Europäischen Frauenunion (EFU). Margrit Annen (Luzern) stellt diese Organisation vor.



Als ein Zusammenschluss von Frauen der nichtsozialistischen Parteien Westeuropas anerkennt sie die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und setzt sich für deren Erhaltung sowie in dem Sinne für die Lösung politischer und sozialer Probleme, insbesondere für die Anliegen der Frauen, auf nationaler und europäischer Ebene ein.

### Auch die Schweiz dabei

Die EFU hat heute Mitgliedsektionen in 14 westeuropäischen Ländern, und die Schweizer Sektion feierte letztes Jahr ihre 20jährige Mitgliedschaft. Unter den rund 150 Mitgliedern der Schweizerischen Europäischen Frauenunion (SEFU), die sich aus Frauen der bürgerlichen, konservativen und mittelständischen Parteien rekrutieren, sind auch mehrere Parlamentarierinnen, zum Beispiel die freisinnige Nationalrätin Elisabeth Kopp. Die SEFU identifiziert sich wie alle andern Sektionen mit den Hauptzielsetzungen des Dachverbandes, der finanziell von den Mitgliedsektionen getragen wird. Die Sektionen, wie zum Beispiel die Schweiz, werden von ihren Einzel- und Kollektivmitgliedern (so der Schweizerischen Vereinigung der freisinnigen Frauengruppen) sowie Gönnern unterstützt.

### Europäisch leben

Eine ständige Delegierte beim Europarat in Strassburg und Vertreterinnen bei der Unesco (ECO-

SOC) geben den EFU-Bestrebungen das notwendige europäische Gewicht. Die 13 Fachkommissionen (u.a. eine juristische Kommission, eine Kommission für Aussenpolitik, für Information, Ernährung und Landwirtschaft usw.) bearbeiten ihre Themenkreise individuell, tauschen gegenseitig Informationen aus und informieren die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit.

Unter der Bezeichnung «Europe Alive» (Lebendiges Europa) pflegt die EFU rege Kontakte und führt Veranstaltungen aller Art zwischen den Landes-sektionen durch. So lud zum Beispiel im Herbst 1982 ein Teil der Frauen der britischen EFU-Sektion Frauen aus Mitgliedsektionen für einige Tage nach England in EFU-Gastfamilien ein. An einem öffentlichen «Hearing», das in der lokalen Presse ein gutes Echo fand, wurden die Ausländerinnen — die Schreibende nahm als Vertreterin der Schweiz teil — von einem interessierten Publikum über Land und Leute befragt. Ein Seminar in Berlin in diesem Frühjahr zeigte einmal mehr, wie wichtig die EFU-Zusammenarbeit, wie wichtig vorab europäisch denken und handeln ist.

## Von Tag zu Tag

### Lebensmittelgesetz: Entwurf überarbeiten

«Statt die konkreten und im Laufe der Zeit zutage getretenen Probleme der Lebensmittelkontrolle einer klaren und eindeutigen, aber praktikablen Lösung entgegenzuführen, bringt der Gesetzesentwurf zahlreiche fragwürdige Neuerungen, die über das Ziel des Gesundheitsschutzes hinauschiessen.» Dies stellt die FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort zum Entwurf für ein Lebensmittelgesetz fest. Sie hält darin weiter fest, dass sie für einen effizienten Gesundheitsschutz eintrete, für weitergehende Anliegen unter dessen Deckmantel jedoch kein Verständnis habe.

Es sind vor allem die zahlreichen offenen, wenig fassbaren Bestimmungen des Gesetzes, die die FDP zu einer kritischen und zurückhaltenden Beurteilung des Entwurfes führen. Im weiteren stellt die Partei

## Freisinn und Umweltschutz

Mit Blick auf die Arbeitstagung von Samstag, 25. Juni 1983, 10.00 bis 16.00 Uhr, im Kursaal Bern über «Freisinn und Umweltschutz» ist ein Sonderheft der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahrzeitschrift, publiziert worden. Dieses enthält Beiträge mehrerer in den verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes engagierte Freisinnige. Mit untenstehendem Talon können Sie diese Nummer bestellen. (Den Teilnehmern an der Arbeitstagung wird sie rechtzeitig zugestellt!)

Senden Sie mir ..... Ex. der «Politischen Rundschau» zur Arbeitstagung «Freisinn und Umweltschutz». Den Betrag von fünf Franken je Exemplar werde ich nach Erhalt mit dem der Sendung beiliegenden Einzahlungsschein überweisen.

Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

## Hektische Gesetzesfabrikation

Zwei stereotype Klagen gehören ins Repertoire jedes Politikers. Die eine — wie könnte es anders sein — bezieht sich auf die Finanzklemme in Bund, Kantonen und Gemeinden, die so viele wählerfolgsträchtige politische Höhenflüge im Keime erstickt. Das andere Klagelied bezieht sich auf die chronische Ueberlastung der Parlamentarier, unter der vor allem die eidgenössischen Volks- und Ständevertreter leiden. Die geben heute sogar schon öffentlich zu, dass sie der steigenden Flut von Botschaften, Gesetzen und Vernehmlassungsverfahren nicht mehr Herr würden. Der normale Parlamentarier käme gar nicht mehr dazu, alle Botschaften des Bundesrates zu lesen, geschweige denn gründlich zu studieren. Er müsse sich spezialisieren.

### Mehr als nur ein Körnchen Wahrheit

Daran anschliessend wird dann zumeist die Klage erhoben, im Bundeshaus habe die Gesetzesfabrikation ein geradezu hektisches Tempo angeschlagen. Und dies habe automatische Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden, die mit dem Vollzug der Erlasse gar nicht mehr nachkämen, und zwar meist nicht nur aus personellen, sondern auch aus finanziellen Gründen. Wenn man den kürzlich veröffentlichten «Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1982» aufschlägt, entdeckt man beim Lesen des Abschnitts «Bundeskanzlei» bald einmal, dass in diesen Klagen mehr als nur ein Körnchen Wahrheit steckt. Die schnell rotierenden Räder der Gesetzesfabrikation wachsen sich — obwohl in letzter Zeit etwas verlangsamt — zu einem echten Problem aus.

### 20 000 Seiten Gesetzes-sammlung seit 1947

Denn tatsächlich hat sich die Gesetzesfabrikation in geradezu

unheimlicher Weise beschleunigt. Das lässt sich beispielsweise an der offiziellen Sammlung des Bundesrechts ablesen. Während der ersten hundert Jahre unseres Bundesstaates (1848—1947) genügten 9000 Seiten, um alle Gesetze und Verordnungen aufzunehmen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist diese systematische Sammlung auf über 20 000 Seiten angewachsen. Im Jahresdurchschnitt produziert die Gesetzesmaschine heute rund 2300 Seiten, während sie sogar noch in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts jährlich nur etwa tausend Seiten ausspuckte. Die Zahl der Gesetze, Bundesbeschlüsse, Verordnungen und Bundesratsbeschlüsse hat sich allein von 1950 bis 1981 mehr als verdoppelt.

### Nachwächterstaat?

Der Drang, die Gesetzesmaschine auf immer schnelleren Touren laufen zu lassen, entspringt nun aber nicht der besonderen Hektik einzelner Departemente oder gar Departementvorsteher, wie schon vermutet worden ist. Es handelt sich vielmehr um eine logische Folge zweier Zeiterscheinungen. Einerseits schufen die technische und wirtschaftliche Entwicklung neue Probleme, die es notwendig machten, auch das Recht laufend den neuen Gegebenheiten anzupassen. Andererseits scheint aber doch auch eine gewisse Staatsgläubigkeit in dem Sinne um sich zu greifen, als man vom Staate fordert, dass er alles regle und ordne. Damit muss er eigentlich eine moderne Form des Nachwächterstaates übernehmen. Selbst Ordnung zu halten scheint immer weniger möglich zu sein. Und da, wo Kantone und Gemeinden noch auf ihre Autonomie pochen und versuchen, einen Rest von Eigenständigkeit aufrechtzuerhalten, wird ihnen harsch erklärt, die heu-

tige Zeit fordere Einheitlichkeit. Im Dutzend billiger.

### Bürger vermehrt an die Urne ...

Nur nebenbei sei noch vermerkt, dass die grosse Gesetzesproduktion auch den Bürger immer häufiger zur Urne ruft. Und immer häufiger mutet man ihm auch Entscheidungen über Dinge zu, die ihn zwar angehen, über die er aber zu wenig oder zu einseitig informiert ist. Die meisten Gesetzesänderungen der letzten Jahre betrafen das Wirtschaftsrecht (27%), das Gesundheits- und Sozialversicherungswesen (15%) und den Bereich «Öffentliche Werke — Energie — Verkehr» (14%). Seit dem Jahre 1945 mussten die Bürger zu nicht weniger als 22 Verfassungsänderungen zur Urne gerufen werden.

Diese grosse Anzahl hängt weitgehend damit zusammen, dass man dem Staat immer neue Aufgaben zuweist oder ihm auch neue Befugnisse einräumt. Nennen wir nur einige dieser neuen Aufgaben: Raumplanung, Gewässerschutz, Atomenergie und Strahlenschutz, Natur- und Heimatschutz, Tierschutz, Rohrleitungsanlagen, Turnen und Sport, Konsumentenschutz, Wohnungsbau und Mieterschutz, Steuerharmonisierung usw., usw. Gar nicht so wenig Initiativen befinden sich noch im Warteraum, d.h. in der Phase der Unterschriftensammlung oder in der Behandlung durch das Parlament.

Viele dieser Initiativen und Verfassungsänderungen sind sicher richtig und notwendig. Aber verschiedentlich sind sie doch nur Ausdruck der immer grösseren Ansprüche, die man an den Staat stellt. Und solange diese Ansprüche nicht wieder auf ein vernünftiges Mass herabgeschraubt werden, wird die Gesetzesmaschine heiss laufen und werden sich Berge von Papier und Gesetzesbüchern ansammeln.

Beatrice Steinmann

fest, dass der Gesetzesentwurf zwar von den Kantonen eine einheitliche Vollzugsorganisation innerhalb eines kantonalen Departementes verlange, dass aber klare Bestimmungen über die Oberaufsicht auf Bundesebene fehlen. Die geltende Kompetenzzuteilung, die zu Unzulänglichkeiten und Kritiken geführt hat, sollte im neuen Lebensmittelgesetz neu geordnet werden. Die Partei bemängelt ferner, dass im Gesetzesentwurf zahlreiche Bestimmungen enthalten sind, die über das Ziel des Gesundheitsschutzes des Menschen hinauschiessen und eher dem Konsumentenschutz und präventiv-medizinischen Zielen dienen. Nach Auffassung der FDP hat sich das Lebensmittelgesetz strikt auf den Gesundheitsschutz zu beschränken.

### Für Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen

Konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Vorschläge zur Sanierung des Bundeshaushaltes im Rahmen der «Haushaltsperspektiven 84/86» bildeten den Mittelpunkt einer Aussprache in der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Nach Ausführung von Jean-Pierre Bonny, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), über die Wirtschafts- und Beschäftigungsaussichten und Referaten der Nationalräte Hunziker (AG) und Villiger (LU) über die Problematik der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kam die Fraktion zum Schluss, dass nach dem ersten Massnahmenpaket des Bundesrates zur Nachfragestützung nun in einem zweiten Schritt vor allem die angebotsseitigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern seien, wenn die strukturellen Probleme der schweizerischen Wirtschaft mittel- und langfristig einer beschäftigungsfördernden Lösung zugeführt werden sollen.

Die Fraktion sprach sich grossmehrheitlich dafür aus, dass die strukturellen Verzerrungen bei der Wust («taxe occulte») ausgeglichen werden und die Energie-Wust zur Kompensation der damit verbundenen Einnahmehausfälle zu verwenden ist, weil damit ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geleistet werden kann und stossende Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden können.

### Vernehmlassungen und Referenden

	Frists bis
Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung	30. 6.
Vorentwurf für die Totalrevision des Bankengesetzes	30. 6.
Filmgesetz. Aenderung	31. 7.
Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung	31. 12.
Statistikgesetz	30. 6.
Volksinitiative «für die Abschaffung der Vivisektion»	30. 6.
Vorentwurf für die Revision des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege (OG)	30. 9.
Neue Haupttransversalen (NHT) der SBB	31.10
Ausübung der politischen Rechte durch die Auslandsschweizer	30.11.
Sparmassnahmen 1983 (Anschlussprogramm)	30.6.
Höchstgeschwindigkeit innerorts; Schlussbericht Tempo 50	30.6.
Revision der Umsatzbesteuerung	31.10.

Für folgende Vorlagen läuft die Referendumsfrist (Termin: 27. Juni 1983). Es ist bis anhin gegen keine das Referendum ergriffen worden.

- Kernenergiehaftpflichtgesetz (KHG)
- Bundesbeschluss über Beiträge zur Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Präsenz der Schweiz auf den Exportmärkten
- Bundesbeschluss über die Schweizerische Verkehrszentrale
- Bundesbeschluss Italien: Bau des zweiten Monte-Olimpino-Tunnels.
- Bundesbeschluss zum Atomgesetz

Fortsetzung von Seite 1  
 Nationalen Aktion ist das Bundesgesetz geeignet, dieses wenig freundeidgenössische «Produkt» zu ersetzen. Die Initiative würde im Falle ihrer Annahme die Volkswirtschaften in den Fremdenverkehrskantonen, deren einseitige Struktur ja nicht von einem Tag auf den andern geändert werden kann, strangulieren. Der Zusammenhalt unseres Bundesstaates könnte in politische Strudel geraten. Man kann sich mit Fug fragen, ob er sie, ohne Schaden zu nehmen, überstehen könnte, wird doch der Bund der Eidgenossen heute schon arg durch eine immer stärker grassierende St.-Florians-Politik strapaziert.

### Missbräuche werden bekämpft

Es ist unbestritten, dass die bisherige Ordnung völlig unübersichtlich geworden ist. Dies ist teils auf die gewählte Methode der Gesetzgebung zurückzuführen, anderseits darauf, dass im System der ineinandergeschachtelten Ausnahmen ausgerechnet in den «gesperrten Orten» in grossem Umfang Ausländerverkäufe in Zweitwohnungssiedlungen und Apparthotels ermöglicht wurden. Mit dem Einbezug der Apparthotels in das neu umschriebene Kontingent wird ein Stein des Anstosses weggeräumt.

Die vorliegende Lösung betrachte ich — und mit mir die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung — als ausgewogen. Sie sollte vom Ständerat, der die Vorlage noch behandeln muss, nicht verwässert werden.

Ziele und Arbeitsmethoden von Novosti

## Was vom Eisberg sichtbar wird

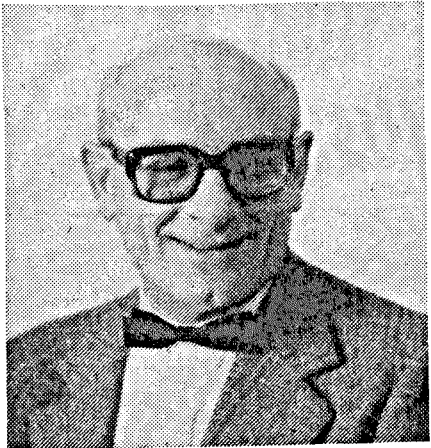
Die Schliessung des Novosti-Büros in Bern hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Institution gelenkt. «Der Freisinn» bat Dr. Peter Sager, Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts (SOI), die Ziele und Arbeitsmethoden von Novosti aufzuzeigen:

Novosti — eigentlich APN (Agentstvo Patschati Novosti, Presseagentur «Nachrichten») — wurde 1961 gegründet. Sie hat im wesentlichen einen Propaganda-Zweck im Ausland. Zu dem Zweck ist sie mit gewaltigen Mitteln ausgestattet. Die slowakische Zeitung «Uj Szo» berichtete am 30. Dezember 1982, Novosti verfüge in 93 Ländern über 115 Büros und unterhalte in 110 Ländern Kontakte mit 4000 Massenmedien, darunter neben Zeitungen auch Agenturen, Verlage, Radio und TV. In der Sowjetunion verfüge Novosti über rund 3000 Mitarbeiter; im Ausland dürften es annähernd deren 1000 sein.

### Sprachrohr und Propagandainstrument

Novosti stellt, mit dem Auftrag der Meinungsbildung über die Sowjetunion im Ausland, das eigentliche Sprachrohr und Propagandainstrument der sowjetischen Regierung und Partei dar. Sie gibt eine eindrucksvolle Zahl von Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Broschüren heraus, und das in europäischen, afrikanischen und asiatischen Sprachen. Sie ist zu nennen «Frontorganisationen» Weltfriedensrat, Weltgewerkschaftsbund, Weltbund Demokratischer Jugend, Internationale Journalistenorganisation, Internationaler Demokratischer Frauenbund und Organisation der Solidarität der afro-asiatischen Völker, die je nach aktuellem Bedarf in den Vordergrund treten oder sich im Winterschlaf befinden.

Alle diese Organisationen werden für die ausserpolitischen Ziele der UdSSR eingespannt.



Gegenüber Westeuropa sind das im wesentlichen:

1. Förderung der Friedensbewegung zwecks Schwächung des westlichen Wehrwillens;
2. Protest gegen die westliche Nachrüstung zwecks Schwächung der Wehrkraft;
3. Unterstützung der Antikernkraft-Bewegung zwecks Verstärkung der westeuropäischen Energieabhängigkeit von der UdSSR;
4. Propagierung des Antiamerikanismus zwecks Isolierung Westeuropas von seinem wichtigsten Alliierten;
5. generelle Destabilisierung der politischen Strukturen und Versicherung der Bevölkerung.

Die Friedensbewegung steht nicht zufällig an der Spitze; sie vermag die grösste Zahl «naiver Nützlicher» anzuziehen und mittelbar für die sowjetischen Zwecke einzuspannen. Die gefährlichsten Erfolge sind jedoch auf der Ebene des Antiamerikanismus erzielt worden, welcher die Abkoppelung Westeuropas von den USA visiert.

### Vorspannleute als Aushängeschilder

Schriften und Meinungen unter dem Impressum oder der offenen Verantwortung von Novosti sind nicht so wirksam, wie wenn sie von Staatsbürgern des Zielgebietes in eigenem Namen verbreitet werden. Daher hat Novosti immer auch versucht, geeignete Vorspannleute zu finden, um deren

Wirksamkeit alsdann mit organisatorischer, finanzieller und personeller Hilfe zu stärken. Solche Unterstützung wird vermutlich vom KGB koordiniert und über viele Kanäle geleistet; sie ist nicht leicht direkt den Novosti-Korrespondenten nachzuweisen, die sich vorrangig mit Desinformation befassen. Die vorhandenen Mosaiksteine ergeben indes ein klares Bild sowjetischer Subversion.

Dem Franzosen Jean Montaldo gelang vor vier Jahren ein sensationeller Coup. Er behändigte während eines Streiks der Kehrriechtabfuhr-Leute in Abfallkübeln vor der sowjetischen Banque Commerciale pour l'Europe du Nord Computerausdrucke. Anhand solcher Belege konnte er unwiderlegbar beweisen, dass sowjetisches Geld nicht nur den kommunistischen Parteien, sondern zahlreichen links-

An einer gemeinsamen Sitzung verabschiedeten anlässlich des FDP-Parteitag Anfang Mai in Weinfelden Delegiertenrat und Fraktion folgende Resolution: «Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) und die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung unterstützen den Bundesrat in seiner Haltung, politische Agitation und damit Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes durch Ausländer zu verhindern. Sie begrüssen deshalb den Schritt der Landesregierung, das Berner Büro der sowjetischen Presseagentur Novosti zu schliessen, das zum Teil in diesem Sinne tätig war.»

intellektuellen Organisationen zufließt, die in den genannten fünf Stossrichtungen tätig sind.

### Bedeutende finanzielle Unterstützung

Die hohen Summen, die zwecks Infiltration, Subversion, Desinformation und Propaganda aus Osteuropa in das nichtsozialistische Ausland fließen, lassen sich nicht immer verbergen. Daher geben sowjetische Stellen offen zu, dass solche Unterstützung praktiziert wird. So hat der Tass-Korrespondent Juri Kornilow Ende 1982 öffentlich erklärt: «Der Sowjetstaat führt eine konsequente, zielstrebige Politik des Friedens und verhehlt nicht, sondern hebt vielmehr hervor, dass er die Aktivitäten der sowjetischen Friedens-

kämpfer in jeder Weise unterstützt.»

Es liegen nicht nur weitere solche Erklärungen vor, sondern auch Bestätigungen anderer Art. Eine bedeutende Rolle bei der Weiterleitung sowjetischer Finanzmittel nach westeuropäischen Ländern spielt die «Deutsche Kommunistische Partei» in der BRD, die nach Aussagen der sozialistischen Regierung Schmidt jährlich mindestens 50 Millionen DM aus der DDR erhält, vorwiegend durch Kuriere, wie Staatssekretär Fröhlich am 20. Juni 1982 im Bundestag feststellte.

### Langfristig geplante Aktionen

Bemerkenswert und vielsagend sind zudem Erfolgsmeldungen aus Osteuropa. Die Anti-Neutronenwaffen-Kampagne beispielsweise, die in Moskau geplant und über holländische Organisationen wirksam wurde, hat zu so beträchtlichen Rückschlägen westlicher Nachrüstungsbestrebungen geführt, dass die osteuropäische Befriedigung nicht verhehlt wurde. Im September 1979 hatte Janos Berecz in der ungarischen Zeitschrift «Tarsadalmi Szemle» bereits festgehalten: «Die politische Aktion gegen die Neutronenbombe war eine der erfolgreichsten seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges, und sie hat die Befürworter dieser Waffe wenigstens vorläufig zum Rückzug gezwungen.»

Ein Jahr darauf doppelte der Iswestija-Mitarbeiter Vikenti Matwejew in der August-Nummer 1980 des Organs des sowjetischen Friedenskomitees nach: «Die Protestkundgebungen gegen die Produktion von Neutronenbomben in den USA und gegen deren Stationierung in Westeuropa waren ein grosser Erfolg.»

### Beeinflussung mehrfach bewiesen

Im übrigen ist die sowjetische Durchdringung westlicher Friedensbewegungen durch zahlreiche Ausweisungsfälle hinlänglich belegt. Wegen entsprechender Beeinflussung wurden Wadim Leonow aus Holland, Wladimir Merkulow aus Dänemark, Stanislaw Tschobotok und A. Makarow aus Norwegen, Juri Barbaints und Michael Morosow aus Portugal ausgewiesen. In dieses Gesamtbild ordnen sich der ausgewiesene Chef des Berner Novosti-Büros Alexei Dumow und seine Vorspanner Spillmann und Schwander nahtlos ein.



Seit dem Parteitag der FDP der Schweiz in Weinfelden sind schon mehrere Wochen verflossen. Die Medien haben darüber aktuell ausführlich berichtet. Wir verzichten deshalb in dieser «Freisinn»-Ausgabe auf eine Rückblende. Die nächsten Nummern werden zweifelsohne Gelegenheit geben, zum einen und anderen Postulat und insbesondere zu den Schwerpunkten, die gegenwärtig ausgearbeitet werden, Stellung zu beziehen.

Allerdings, ohne Programmbeitrag kommt dieser «Freisinn» nicht aus: FDP-Kantonsrat Dr. Kurt Müller (Meilen, ZH) hat das Parteiprogramm der SP Schweiz unter die Lupe genommen und zahlreiche Widersprüchlichkeiten festgestellt (Seite 1). Wen überrascht's? Wohl wurde am Parteitag in Lu-

### Eidgenössische Abstimmungen 1984

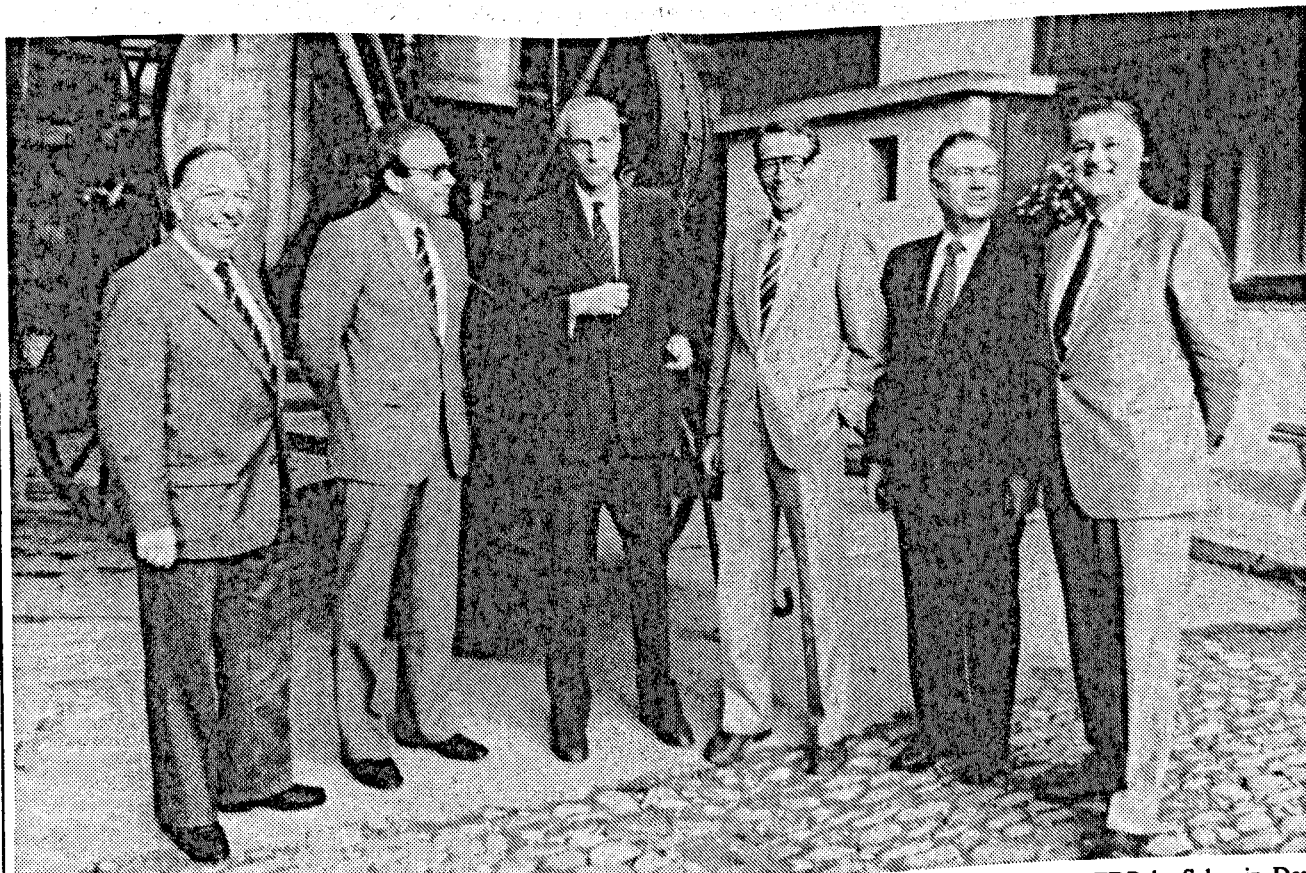
Der Bundesrat hat die Blankodaten für die eidgenössischen Volksabstimmungen im nächsten Jahr festgelegt:

- 26. Februar
- 20. Mai
- 23. September
- 2. Dezember

gano vom vergangenen Herbst bei der SP nach aussen die Fassade gekittet, doch die inneren Spannungen und die Differenzen zwischen den Flügeln konnten nur mühsam übertüncht werden. So ist denn nicht verwunderlich, dass das neue SP-Programm «über weite Strecken ein Gemisch unterschiedlicher Haltungen und Gesinnungen ist» (Müller).

Ein zweiter Schwerpunkt vorliegender Ausgabe ist es, die Aufgaben eines Novosti-Büros aufzuzeigen. «Der Freisinn» bat Dr. Peter Sager, Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts (SOI), Zweck und Arbeitsweise in einem Beitrag zusammenzufassen (Seite 3). Die systematische Desinformations- und Agitationstätigkeit, wie sie diese sogenannte Presseagentur betreibt, ist nach der medienwirksamen Indiskretion über den vertraulichen Bericht der Bundesanwaltschaft zu Unrecht in den Hintergrund gerückt. Unser «Freisinn»-Beitrag will deshalb wieder zum eigentlichen Thema zurückführen: auch die neutrale Schweiz wird als Schauplatz östlicher Propagandatätigkeit missbraucht. Wohl ging es diesmal nicht um Spionage, doch zeigt der Fall, dass die Sowjetunion ihre Agententätigkeit unter verschiedenen Tarnkappen auch in der Schweiz verstärkt hat.

Hans Rudolf Leuenberger



«Nüchtern und realistisch», so der Tenor der Kommentare in den Medien über die «Zielsetzungen 83/87» der FDP der Schweiz. Der Parteitag in Weinfelden war denn auch ein bemerkenswerter Erfolg. Weinfelden wird den diskussionsfreudigen Delegierten nicht nur als überaus sympathischer Tagungsort in Erinnerung bleiben, sondern auch als Wegmarke für eine ebenso gradlinige wie auf Kontinuität ausgerichtete Politik stehen. Aber auch die Spitzen von Partei und Fraktion der Bundesversammlung, die sich bereits einen Tag vor den Delegierten versammelten, vertrauten sich mit der «heimlichen Hauptstadt» des Gastkantons: Anlass dazu gab ein gemeinsames Nachtessen mit einer Delegation der Thurgauer Kantonalpartei im Restaurant «Rebe» in Weinfelden. Auf unserem Bild v. l. n. r.: Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger; der Thurgauer Kantonalpräsident, Dr. Hans Weber; Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich; der (freisinnige) Thurgauer Regierungsratspräsident, Dr. Arthur Haffter; der Ständeratskandidat der Thurgauer FDP, Heinz Moll, und der schweizerische Parteipräsident, Yann Richter. (Photo Bollier, Weinfelden)

Nicht vergessen

Freisinn und Umweltschutz Arbeitstagung Samstag, 25. Juni Kursaal Bern

FDP-Wahlkundgebung Samstag, 10. September Burgdorf

GRÜN statt Grau durch boesch Gartenbau

01 53 84



Ihre Privatbank

für internationale Handelsgeschäfte und Vermögensverwaltung

**BANK FÜR HANDEL UND EFFEKTEN**

Talacker 50, 8039 Zürich  
Telefon (01) 211 46 90

Fortsetzung von Seite 1

erhoben. Die Sozialdemokratie proklamiert zudem eine Annäherung an die «Bürgerinitiative, Alternativ-, Umweltschutz-, Frauen-, Drittwelt- und Friedensbewegungen», mit denen sie punktuell Bündnisse eingehen will.

Vor allem aber im konkreten Teil zeigten sich die *Staats- und Planungsgläubigkeit und der Ruf nach mehr Staat in alter voller Blüte*. Die «Ueberwindung des Kapitalismus» soll erreicht werden durch eine Aenderung der «Entscheidungsstrukturen der Wirtschaft, durch die Ueberfüh-

rung der privaten Verfügungsgewalt über die *Produktionsmittel unter die gesellschaftliche Kontrolle*, durch eine «staatliche Rahmenplanung» und durch «neue Lenkungsinstrumente, die der wirtschaftlichen Entwicklung Ziel geben und Grenzen setzen: Gebote, Verbote, Grenzwerte und gezielte Forderungen». Wen wundert's, dass der Staat auch die Rechte auf Arbeit, auf Wohnung, auf Bildung, auf Schutz der Familie und der Mutterschaft einführen und durchsetzen soll, dass er den Kündigungsschutz und die Mietzinskontrolle ausbauen und den Boden verwalten, dass er eine starke Progression für hohe Einkommen und Vermögen und eine «massive Erbschafts- und Schenkungssteuer» einführen soll? Nichts, aber auch gar nichts von den alten sozialistischen Forderungen wurde ausgelassen. Um das eigene Begehren nach Dezentralisierung noch völlig ungläubig zu machen, wurde auch die Forderung nach Abschaffung des Ständemehrs und nach einer politischen Kastrierung des Ständerats aufgenommen.

### Weniger Wachstum — mehr Forderungen

Ein nicht minder grosser Gegensatz aber besteht zwischen dem Ruf nach einer *Kontrolle der Eigengesetzlichkeit des Wachstums*, der Anpassung der Industrie an die ökologischen Erfordernisse, der «Ausrichtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit auf die Verantwortung für das Ueberleben und den Lebensraum aller Geschöpfe» und den *Belastungen*, die man Unternehmen und Staat durch die Reduktion der Arbeitszeit auf 35 Stunden, längere Ferien und Pausen, frühere Pensionierung und die Einführung eines neunmonatigen Elternurlaubs mit der Mutterschaftsversicherung zumutet, wie dies die SPS alles verlangt. Wo bleibt da die Rücksicht auf die *Konkurrenzfähigkeit* zur Erhaltung der Arbeitsplätze? Das berechnete Verlangen nach einer massvolleren Entwicklung hat doch wohl nur dann eine moralische Berechtigung, wenn man auch bereit ist, in den *eigenen Forderungen und Erwartungen massvoller* zu werden.

Ein weiterer innerer Widerspruch liegt im *grundsätzlichen Bekenntnis zur «militärischen Abwehrbereitschaft»* (wenn auch nur als «notwendiges Uebel») und in der gleichzeitigen Lancierung eines Volksbegehrens für die Ein-

**KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.**




BAUER KABA AG  
Postfach, 8620 Wetzikon 1  
Tel. 01/931 61 11

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläger oder Eisenwarenhändler.

**KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.**

## Freisinn und Umweltschutz

Arbeitstagung, Samstag, 25. Juni 1983, 10 bis 16 Uhr, Kursaal Bern

Zur Diskussion stehen folgende Fragen:

- **Wie ernst ist die Bedrohung unserer Umwelt?**  
Zu dieser für ein sachliches Gespräch grundlegenden Frage werden sich einleitend Prof. W. Stumm, Direktor der EAWAG Dübendorf und Nationalrat G. Pettipierre, Prof. für Rechtswissenschaft an der Universität Genf, äussern.
- **Ist die Marktwirtschaft umweltfeindlich?**  
Mit ihren Vor- und Nachteilen im Blick auf die Bewältigung ökologischer Probleme befasst sich die *Arbeitsgruppe I* unter dem Vorsitz von Prof. P. Tschopp, Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Genf und Präsident der Genfer Kantonalpartei.
- **Bringen das Umweltschutzgesetz und andere Erlasse der Industrie, dem Gewerbe und dem Fremdenverkehr unzumutbare Lasten?**  
Darüber wird man sich in der *Arbeitsgruppe II* unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. P. Wyss, Direktor der Basler Handelskammer, unterhalten.
- **Was kann angesichts der Umweltprobleme «weniger Staat» heissen?**  
Um das Begriffspaar Eigenverantwortung und Staat wird die Diskussion in der von Dr. Th. Pfisterer, Verwaltungsgerichtspräsident, Aarau, geleiteten *Arbeitsgruppe III* kreisen.
- **Wo drückt in der Schweiz der ökologische Schuh am meisten?**  
Die im eigenen Land dringendsten Umweltprobleme sind das Thema der *Arbeitsgruppe IV*, die Dr. R. Stüdeli, Direktor der Schweiz. Vereinigung für Landesplanung, leiten wird.
- **Was kann und soll die FDP für den Umweltschutz tun?**  
Diese Frage haben wir als Thema für das Panelgespräch am Schluss der Tagung gewählt. Unter der Leitung von Nationalrat Dr. F. Auer werden diskutieren: Nationalrat H.-R. Fröh, Zentralpräsident des Schweizerischen Drogistenverbandes, Nationalrätin E. Kopp, Dr. R. Müller-Wenk und Dr. B. Wehrli, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz.

### Programm

- 10.00—10.15 Begrüssung (W. Schiesser, Präsident der Arbeitsgruppe Umweltschutz)
- 10.15—10.55 Wie ernst sind unsere Umweltprobleme? (Prof. W. Stumm, Direktor der EAWAG, Dübendorf)
- 10.55—11.15 Protection de l'environnement et politique (Nationalrat Prof. G. Pettipierre, Genf)
- 11.15—11.30 Pause
- 11.30—13.00 Gruppenarbeit I
- 13.00 Mittagsverpflegung
- ab 13.45 Gruppenarbeit II (Freie Zirkulation zwischen den Arbeitsgruppen, Beantwortung von Fragen durch Fachleute und Politiker)
- 14.45—15.00 Pause
- 15.00—15.15 Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen
- 15.15—15.55 Schlusspanel: Was kann und soll unsere Partei für den Umweltschutz tun?
- nach 16.00 Open End: Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit Experten, Behördenvertretern und Parlamentariern.

### Anmeldung

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

meldet sich zur Arbeitstagung «Freisinn und Umweltschutz» an.

Teilnahme in der Arbeitsgruppe Nr. \_\_\_\_\_ oder Nr. \_\_\_\_\_

Anmeldetalon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern, senden.



**HOTEL OLIVELLA**


Restaurants  
«La Voile d'Or» und «Oliva»  
Bar al Lago - Hotel-Bar - Pianist

Freiluftbad - Lido direkt am See  
Hallenbad - Sauna - Massage

Wasserski - Boote - Windsurfing  
Kindergarten mit Betreuung  
Kongress-Tagungs- und Banketträume

Für weitere Auskünfte und Reservationen:  
Hotel Olivella, CH-6922 Morcote, Lago di Lugano  
Tel. 0041 91/69 17 31, Tx 79 535

Dir. Manfred und Christina Hörger



**A.H. ANTIQUITÄTEN HERRLIBERG**

Gepflegte Antiquitäten,  
die täglich Freude  
bringende Kapitalanlage

neue Öffnungszeiten:  
Donnerstag 14.30 bis 18.30 Uhr  
Freitag 10.00 bis 18.30 Uhr  
und nach Vereinbarung

Fritz Lanz Heidi Leuthard-Probst  
Seestrasse 180, 8704 Herrliberg  
Telefon (01) 915 27 38

führung des *Ab-Rüstungsreferendums*, mit dem Militärausgaben einem Sonderregime unterstellt werden sollen, und der Unterstützung der Zivildienstinitiative, die die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst ermöglichen will.

### «Konglomerat von Anhängerblöcken»

Das neue Parteiprogramm spiegelt insgesamt die schwierige innere Lage der SPS wieder mit einem traditionalistischen Arbeiterflügel, der am alten Staatsglauben festhält, und einem progressiv-intellektuellen linken Flügel, der auf alternative Distanz zum Staate gehen will und teilweise überhaupt der sozialdemokratischen Mitarbeit in den Gemeinde-, Kantons- und Bundesbehörden kritisch bis ablehnend gegenübersteht. «Die Partei als einheitlicher Block mit einer einheitlichen Zielsetzung ist tot», hat Rudolf Strahm, Zentralsekretär der SPS, offenherzig in einem Interview im

linksextremen «Tell» gesagt. «Die Partei ist eher ein Konglomerat von Anhängerblöcken mit unterschiedlicher Interessenlage, ein Forum, in dem die verschiedenen Betroffenen gruppenübergreifend überhaupt noch zusammenspannen und Koalitionen bilden können.»

Ein Gemisch unterschiedlicher Haltungen und Gesinnungen ist über weite Strecken auch das neue Programm der SPS. Dass es soweit kam, ist zweifellos nicht nur eine Folge der besonderen Mitgliederstruktur. Es ist auch eine Folge davon, dass der Parteipräsident sich lange in der Rolle eines virtuosen Seitänzlers zwischen den Flügeln gefiel, ohne die geistige Integration wirklich an die Hand zu nehmen. Welchen *staatspolitischen Beitrag die SPS an die Erfüllung der gemeinsamen Regierungsaufgaben* als Konglomerat von Blöcken noch zu erbringen vermag, ist eine Frage, die sich nicht nur der Linken selbst stellt.

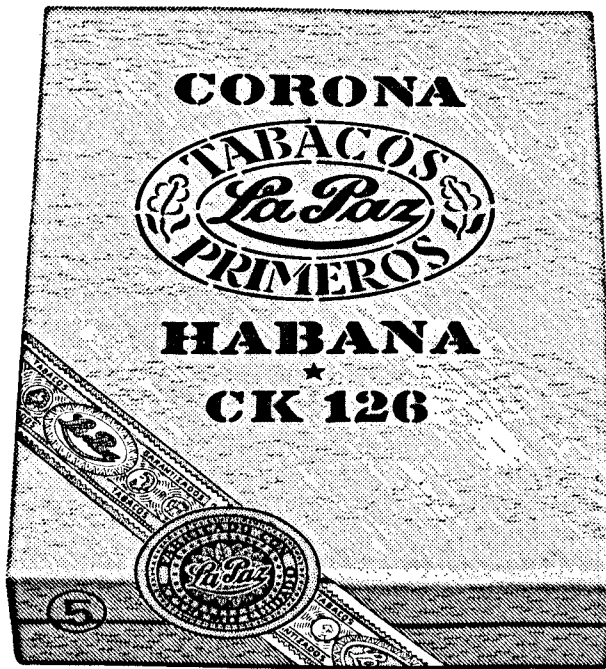
# Geschmacksharmonie.

Wissen Sie, dass die Cigarrenmacher von La Paz alle Cigarren ihrer grossen Kollektion mit viel Hingabe aus 100% reinsten Tabaken herstellen? Eben so, wie Cigarren sein sollen?

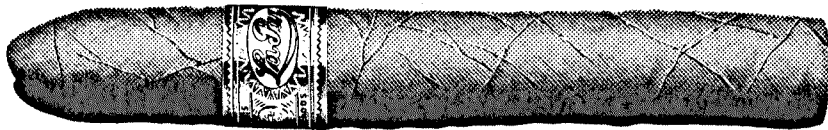
La Paz bietet eine Fülle an Formen und Geschmacksrichtungen. Exklusive Cigarren aus edelsten Tabaken. Kunstgerecht, ohne Kunstgriffe.

So zum Beispiel die Corona CK126 in der gelben Packung. In dem angenehmen Format, das der Geniesser in Mussestunden oder nach einem guten Essen liebt. Eine Cigarre, die mit dem grösseren Volumen und der breiten Brandfläche den sympathischen Duft der harmonisch ausgewogenen Mischung so recht zur Geltung bringt. Denn für eine La Paz ist immer nur das Beste gut genug. *Cigarros Autenticos.*

Der echte Kenner trifft seine Wahl nach Geschmack, Stimmung und Tageszeit. La Paz ist allzeit bereit.



5 Stück Fr. 6.-



Cigarros Autenticos.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

# Wir Freisinnigen zeigen, dass der Wahlkampf ruhig ein bisschen farbig sein darf.

Denn erstens haben wir nicht nur gute Argumente für unsere Politik, sondern zweitens auch fähige Kandidatinnen und Kandidaten, die Gewähr für die Durchsetzung unserer freisinnigen, liberalen Standpunkte bieten. Und drittens: die modernen, wirkungsvollen Werbemittel und Accessoires, die uns von anderen Parteien unterscheiden. Damit kann jeder und jede Freisinnige in den kommenden Wochen und

Monaten «Flagge» zeigen. Am Arbeitsplatz, am Stammtisch, in der Öffentlichkeit überhaupt. Das ist wichtig und nötig, um die Stärke der FDP und ihrer 140 000 Mitglieder auch optisch zu dokumentieren. Bestellen Sie darum aus unserem reichhaltigen Angebot. Sie werden mit Ihrem Kauf zudem einen Beitrag an unsere Wahlkampfkosten leisten. Und dafür danken wir Ihnen herzlich!

Die Sportjacke mit abnehmbaren Ärmeln (auch als Gilet zu tragen). Kann in der Waschmaschine gewaschen werden.

Dieses hübsche Seiden-Foulard im Format 80 x 80 cm ist handrolliert und von ausgesuchter Qualität. Wurde speziell für die FDP kreiert!

Sporttasche mit Pfiff: aus weissem Leinen, innen PVC-beschichtet und mit Aussentasche. 22 x 28 x 44 cm gross.

T-Shirt für Junge und Junggebliebene. Aus 100% Baumwolle, in Kinder- und Erwachsenengrößen. Sportlich, praktisch, fröhlich.

Just walking in the rain... gut geschützt durch den Doppelschirm. Auch Ihr(e) Begleiter(in) ist perfekt geschützt. Geöffnet 130 cm Durchmesser!

Auch zum Sitzen eignet sich unser Sportschirm mit Klappsitzgriff und Standteller. Ideal bei Sportveranstaltungen. Geöffnet 115 cm Durchmesser.

Da gibt es nichts zu husten: unsere FDP-Halsfegebombons sind ein Hit. Schon wegen der guten Sprüche im Wickelpapier. In transparenter Kilodose erhältlich.

Velofans und Wassersportler sollten nicht ohne diese rassige Sportmütze auf grosse Fahrt gehen. Aus Baumwolle, passend für alle (freisinnigen) Kopfgrößen.

## Coupon

Die Idee mit den FDP-Werbemitteln und Accessoires finde ich gut. Ich mache mit und bestelle

die folgenden Artikel:

- T-Shirt, Grössen 10, 12, S-M-L-XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 18.—
- Foulard Crêpe-de-Chine à Fr. 40.—
- Sporttasche à Fr. 48.—
- Halsfegebombons, Kilodose à Fr. 15.—
- Sportmütze Baumwolle à Fr. 1.80
- Krawatte Seide/Polyester à Fr. 35.—
- Portefeuille mit Agenda à Fr. 48.—
- Sportjacke, Grössen S-M-L-XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 120.—
- Doppelschirm à Fr. 58.—
- Sportschirm à Fr. 54.—
- Zündholzschachteln (10er-Packung) à Fr. 2.—
- Feuerzeug (10er-Packung) à Fr. 13.50
- Kugelschreiber (10er-Packung) à Fr. 6.—
- Schiebespiel à Fr. 2.80
- Anstecknadel à Fr. 10.—

- vorerst einmal den FDP-Prospekt «Jetzt tüchtig Flagge zeigen!», um in Ruhe auswählen zu können.
- Bitte senden Sie mir Informationen über die FDP der Schweiz.

Herrn/Frau/Frl.  
Name, Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Bitte Gewünschtes ankreuzen bzw. einkreisen, Name und Adresse in leserlichen Druckbuchstaben eintragen und Coupon einsenden an:  
**Generalsekretariat  
FDP der Schweiz  
Postfach 2642, 3001 Bern**



Aus echtem Rindsleder verarbeitet ist dieses praktische Portefeuille. Mit austauschbarer Agenda und mehreren Einsteckfächern. Nach wie vor beliebt sind die freisinnigen Zündhölzer in der eleganten Flachbox. Pfeifenraucher schwören auf sie — aber auch Wahlkampfhelfer. In Zehnerpackung erhältlich.

Brennt mehr als tausendmal beim ersten Druck! Das FDP-Feuerzeug ist ein ideales «Give-away» am Stammtisch oder im Büro. Langzeitwerbewirkung. In Schachteln à 10 Stück erhältlich.

Stets zur Hand sollten Sie den FDP-Kugelschreiber haben. Die Mine kann ausgewechselt werden. Mindestbestellmenge 10 Stück.

Knifflig wie die Politik präsentiert sich das FDP-Schiebespiel. Fordert Scharfsinn und Vorstellungsvermögen heraus. Ideales Mitbringsel bei Einladungen.

Na, endlich, meinten viele, als sie von der neuen FDP-Anstecknadel hörten. Man sieht sie landauf landab an immer mehr freisinnigen Jackenrevers.

Diskret und doch deutlich geben Sie sich mit dieser eleganten Krawatte aus Seide/Polyester mit eingewebtem Signet als Freisinniger zu erkennen.

# FDP


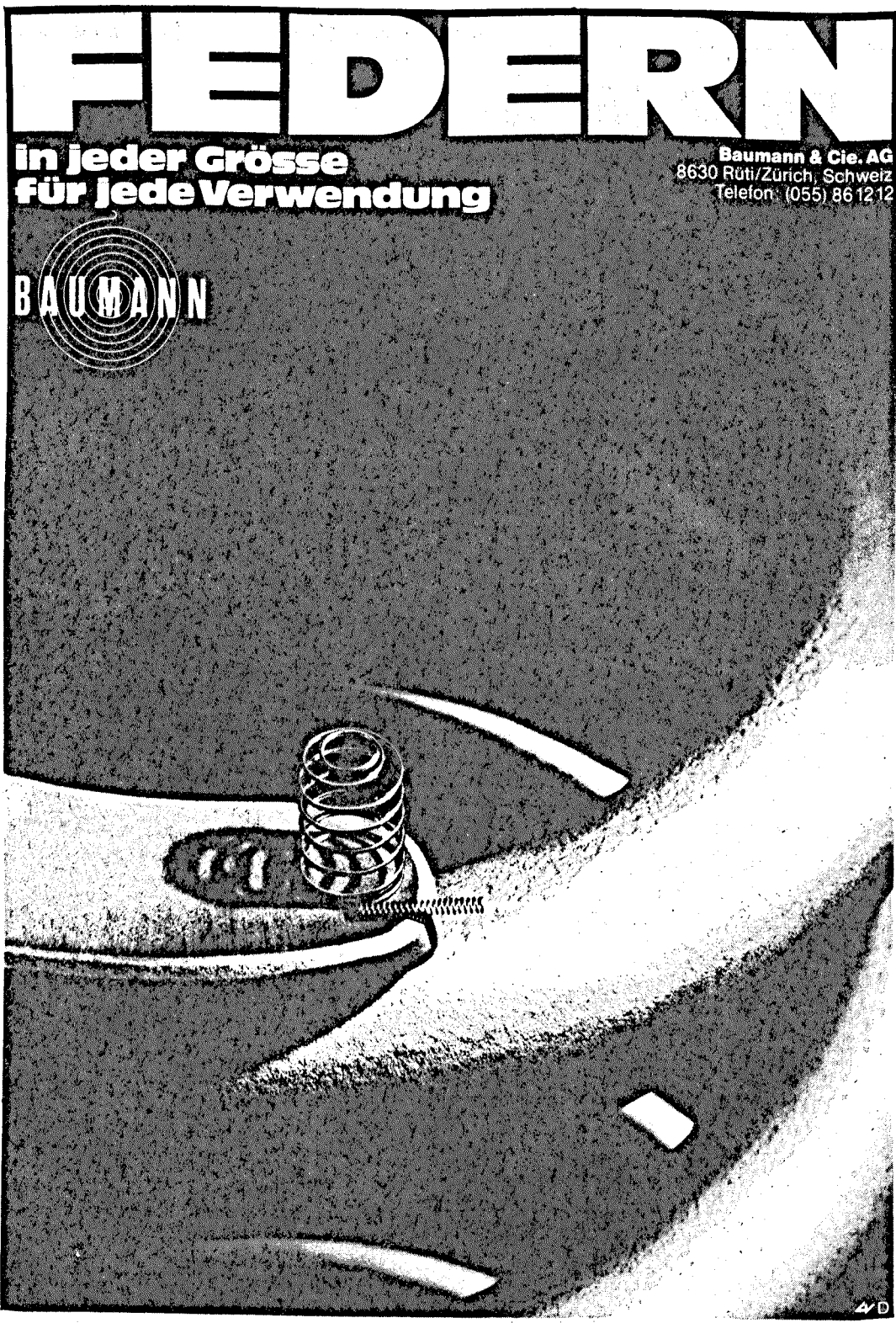
Freisinnig-Demokratische Partei

Wir stehen zu unserer politischen Haltung. Wir zeigen sie auch. Weil wir die Wahlen wiederum gewinnen wollen!

# FEDERN

**in jeder Grösse für jede Verwendung**

Baummann & Cie. AG  
8630 Rüti/Zürich, Schweiz  
Telefon: (055) 86 12 12

Im Simmental zu vermieten ab 1.10.83  
neues

### 3-Zimmer-Ferienchalet mit 2-Zimmer-Studio

an ruhiger, sonniger Lage, grosser Balkon, Elektroheizung, Waschmaschine, Tumbler, Garage, Parkplatz, möbliert.  
Telefon: (030) 3 28 67, ab 18.00 Uhr

FIFDPCHALE

### Wir sind 3 Damen

und wir wollen nichts anderes, als so vielen Einsamen wie möglich helfen, den richtigen Partner zu finden.

Wir sind vielerorts anzutreffen:  
In Bern (Hauptsitz), Zürich, Basel, Ostschweiz, Tessin, Lausanne, Genf.

Wir geben gerne Auskunft.

### Introduction

Das Ehe- und Partnerwahlinstitut für Anspruchsvolle seit 1956

Frau M. Th. Kläy  
Neuengasse 45, 3001 Bern  
Tel. (031) 22 21 12 od. 22 08 39

Beziehungen zur BRD, Austria, Skandinavien sowie USA, Kanada, Australien. Staatlich eingetragen. Kein Vertreterbesuch.

### Richterin

an einem grossen Amtsgericht, eine lebenswürdige, aufgeschlossene, christlich gesinnte Dame, sucht den passenden Lebenspartner im Alter von etwa 45 bis 60 Jahren über unser Institut. Verehrter Herr, bitte lassen Sie sich orientieren.

### Introduction

EHE-PARTNERWAHLINSTITUT SEIT 1956

Frau M. Th. Kläy  
3001 BERN/Neuengasse 45/Tel. 031/22 21 12  
Überregional/International  
Kein Vertreterbesuch

FIFDP91346

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.



## SCHULER-WEINE

St. Jakobskellererl SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

**Dank Erfahrung  
in der Praxis  
lösen wir auch  
heikle  
Vertragsprobleme.**

**Spaltenstein**  
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TELEFON 01 316 13 00

# OSTSCHWEIZ

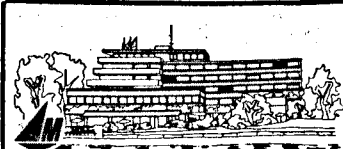
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs



ASH \*\*\*\*\* Hot-Whirl-Pool Sauna Fitness  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS  
**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Grosser Parkplatz

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



## Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique

9000 St. Gallen

(vis-à-vis Kathedrale)

H. J. Sistek, (071) 23 33 30



Eigene Kreationen

## Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant  
Gewölbekeller für Gesellschaften



Garten- und Landschaftsbau  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG

Zürich

01-4 62 62 62

**Das Mass an Sicherheit  
bestimmen Sie!**

# SICHERHEIT

**Wir sorgen für Massarbeit  
in Sicherheitsfragen.**



Alarmsysteme  
Brandmeldeanlagen  
Fernsehüberwachung  
Zutritt/Gleitzeit

WERNER BIGLER AG, 8887 Mels, 085 2 47 35 / 8032 Zürich, 01 251 11 58 (Filiale)

## Soeben erschienen: Das Buch zum Wahljahr 1983.



Walter Wittmann: Die rote Utopie. Ist Sozialismus noch eine Alternative? 215 Seiten. Fr. 26.80.  
Eine liberale Gewissenserforschung anlässlich des 100. Todestages von Karl Marx. Der Freiburger Universitätsprofessor Walter Wittmann untersucht in dieser kompromisslosen Studie die wirtschaftliche und moralische Krise des Sozialismus, das theoretische Rüstzeug des Marxismus, den Ruf nach «noch mehr Staat» und jenen nach «weniger Staat», den wachstumsorientierten Kapitalismus am Ende des Wachstums. Eine pointiert formulierte Studie aus liberaler Sicht!

### Bestellung

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung

(874) \_\_\_\_\_ Expl. Wittmann, Die rote Utopie à Fr. 26.80 (+ Versandkosten)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:

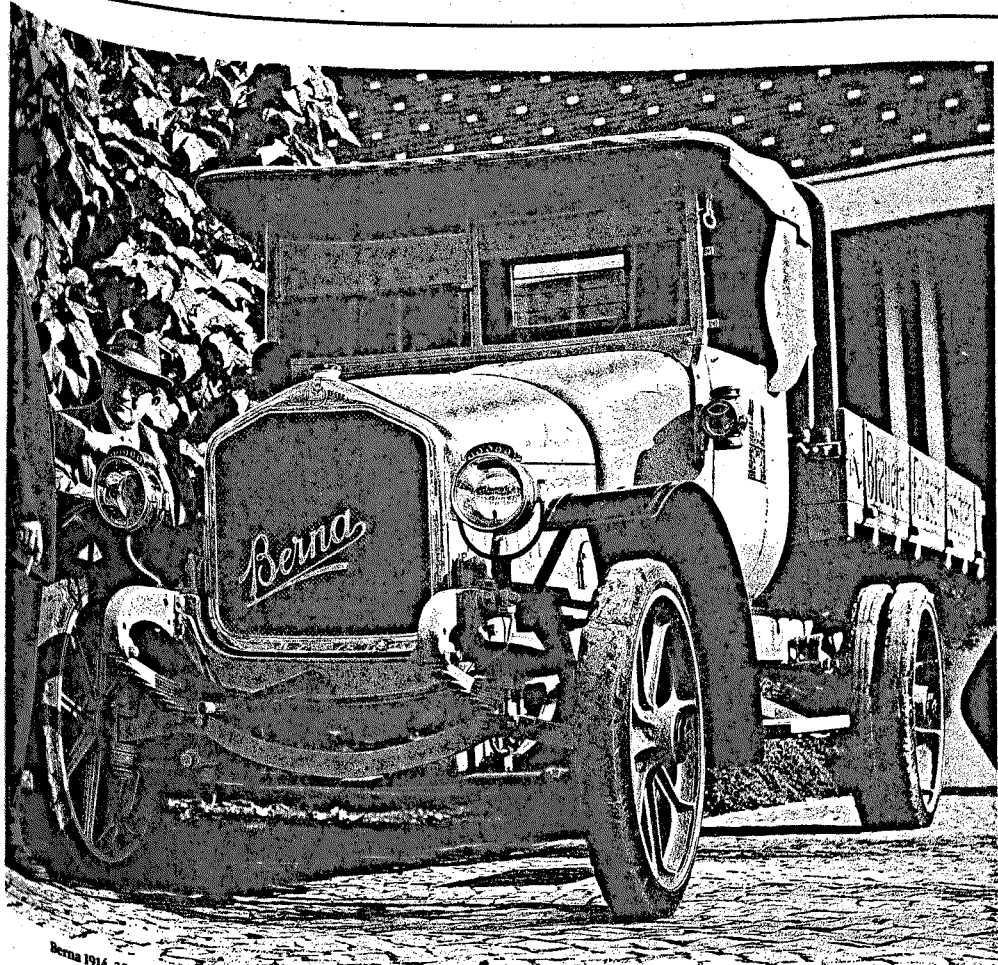
VERLAG  
HUBER  
FRAUENFELD

Promenadenstrasse 16  
8500 Frauenfeld  
Telefon 054 737 39



Ihr Partner  
für Buchhaltungen  
Jahresabschlüsse  
Steuer- und Finanzberatung

Rudolf Bruhin Treuhandbüro  
8305 Dietlikon Brüttisellerstrasse 14  
Tel. 01/833 37 61



Berna 1914, 35 PS, 30 km/h.

**Manchmal geht es um 100 000 Dichtungen aus Kautschuk und um einen heissen Termin. Und dann wieder um vier Schwingelemente für einen heissen Oldtimer-Motor. Bei Maag Technic geht fast alles.**

Die internationale Arbeitsteilung bringt es mit sich, dass sich technische Teile gleichen wie ein Ei dem anderen. Aber was unsere Kunden brauchen, sind massgeschneiderte Lösungen. Denn sie machen die besondere Leistung unserer Wirtschaft aus.

teilen das produziert, was Sie gerade brauchen. Nach Ihrer Skizze oder Zeichnung. Nach gemeinsamer Erarbeitung. Mit allen einschlägigen Verarbeitungsverfahren. Und deshalb legen wir ganze Hydraulikanlagen aus, bauen die Aggregate, fertigen die dazu nötigen Leitungen, montieren die Zentralschmieranlagen. Für Prototypen, für Null- oder Produktionsserien. Auch wenn's pressiert. Und wenn Sie einmal ein Spezialteil für

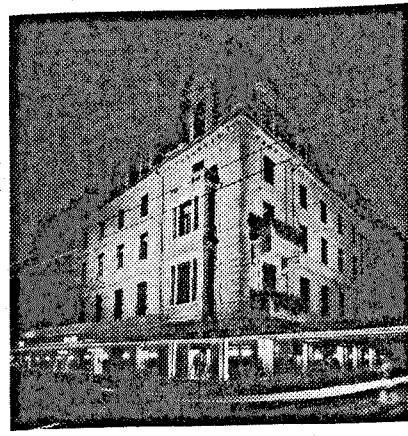
einen Oldtimer oder ein anderes Hobby brauchen, dann nehmen wir uns auch dafür Zeit.

**Ihre technischen Teile-Probleme möchten wir lösen. Maag Technic.**



Gummi Kunststoffe Dichtungstechnik  
Antriebstechnik Oelhydraulik  
Pneumatik Zentralschmierung  
Arbeitsschutz

Maag Technic AG, CH-8600 Dübendorf 1, (01) 821 31 31 - Ecublens - Bern-Wabern - Basel - St. Gallen-Neudorf



## Die Bank

Die Bank. Sie ist universal. Das heisst: Sie hat einen Sitz an der Zürcher

Börse, sie ist in der Anlageberatung und Vermögensverwaltung tätig und betreut institutionelle Investoren, sie betreibt das Kredit- und Akkreditivgeschäft, das Syndikatsgeschäft, den Handel mit Devisen, Noten, Edelmetallen, und sie berät Kunden bei der Gründung und Verwaltung von Gesellschaften.

Lesen Sie unsere Dienstleistungsbroschüre «DIE BANK». Darstellung einer Dynamik im Bankwesen.

**BANK HOFMANN AG**  
**ZÜRICH**

Talstrasse 27,  
Telefon 01/211 57 60

Coupon einsenden an Bank Hofmann AG, Postfach, 8022 Zürich.  
Bitte senden Sie mir Ihre Dienstleistungsbroschüre «DIE BANK».

\_\_\_\_\_  
Name/Vorname  
\_\_\_\_\_  
Strasse/Nr.  
\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

### Sparauftrag contra Landesverteidigung?

## «Opfersymmetrie»: Ein Schlagwort mit Schlagseite

Im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen zur Sanierung des Bundeshaushalts wurde das Schlagwort «Opfersymmetrie» gebraucht. Damit soll besagt werden, dass alle Departemente im gleichen Ausmasse Abstriche vorzunehmen hätten. FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss (Basel) hat zu diesem Schlagwort einige Ueberlegungen angestellt:

Die Militärausgaben unseres Landes unterscheiden sich von den anderen Aufwendungen der öffentlichen Hand in einem wesentlichen Punkt: Kann beispielsweise bei den Sozialaufwendungen der Bürger weitgehend selber bestimmen, wie hoch diese sein müssen — indem ein gewisses Mass an Vorsorge zu tragen und damit den Staat zu entlasten —, so ist dies bei den Militärausgaben nicht möglich. Aeussere von uns nicht beeinflussbare Faktoren wie die potentielle Bedrohung bzw. die Bewaffnung eines potentiellen Gegners und der aktuelle Stand der eigenen Rüstung bilden die

notwendige Grundlage für unseren Ausgabeplafond.

### Bedrohung vorhanden

Es bedarf nicht der Aufzählung des riesigen Kriegspotentials in Mitteleuropa, um zu beweisen, dass die potentielle Bedrohung durchaus vorhanden ist. Ebenso beweist das Verhalten der UdSSR, dass es mit ihren Friedensschalmeien nicht weit her ist. Nicht nur «Afghanistan» ist hierfür ein eindeutiger Beleg, auch die Vorkommnisse in unserem eigenen Lande. Es sei beispielweise an die immer wieder vorkommenden Spionageaffären erinnert oder an die subversive Tätigkeit

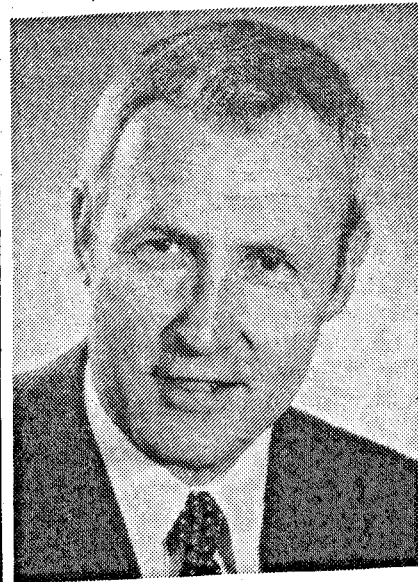
der sowjetischen Nachrichtenagentur, die kürzlich aufgezeigt wurde.

Wir sind somit weit davon entfernt, in einem Zustand wirklichen Friedens zu leben. Die Bedrohungslage lässt vielmehr die Umschreibung «relativer Friede» oder sogar «Nicht-Krieg» zu. Wie sich diese Bedrohung entwickeln kann, darüber lässt sich diskutieren. Dass sie aber vorhanden ist, dass sogar eine bewaffnete Auseinandersetzung möglich ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Unsere Armee hat den Auftrag, durch ihre Stärke zu verhindern, dass die Schweiz zur leichten Beute eines Angreifers würde. Es stellt sich daher die Frage, wie sie dies kann und ob sie dazu auch in Zukunft in der Lage sein wird.

### Energische Schritte tun not

Der Ist-Zustand unserer Armee kann punkto Ausbildung als gut bis sehr gut beurteilt werden. Der Schweizer Soldat braucht den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Kein dermassen positives Bild bieten jedoch Ausrüstung und Bewaffnung. Hier gilt es, energische Schritte zu unternehmen. Das neue Armeeleitbild und der Ausbauschritt 1984—87 sehen denn auch diese «energischen Schritte» vor. Sollten jedoch auf

Kosten der Rüstung wesentliche Abstriche am Budget vorgenommen werden, so würde dies, wie der Bundesrat in seiner Haushaltsperspektive für die kommenden Jahre selbst festgestellt hat, «die Kampfkraft der Armee schwächen».



Nach meiner Meinung darf im Ausbauschritt 84—87 die Bewaffnung und Ausrüstung des Einzelkämpfers nicht zu kurz kommen. Der Ausbau bzw. die Erneuerung der Panzerabwehr auf Stufe Regiment muss vorangetrieben werden. Ein neuer Kampfpanzer in

Lizenzbau ist notwendig, auch Kampf- und Transporthelikopter als Einsatzreserve müssen beschafft werden. Hingegen scheint es mir, dass eine weitere Serie Schweizer Panzer 68 sowie das sogenannte Retrofit-Programm für den Centurion zu vergessen sind. Damit könnten Einsparungen erzielt werden.

### Es gibt nicht nur den «Sparauftrag»

All diese Vorhaben sind von ihrer Notwendigkeit her unbestritten. Und doch wird wieder versucht, die Militär- und die anderen Bundesausgaben gegeneinander auszuspielen. Als würden etwa mit den Sozialaufwendungen die Probleme gelöst, um derentwillen wir eine starke Armee unterhalten müssen!

Der Bundesrat hat keineswegs nur den Sparauftrag. Er hat gleicherweise den Auftrag des Parlaments (vom Jahre 1978), die Landesverteidigung auf die notwendige Stärke zu bringen. Sparen auf der Basis der Opfersymmetrie trägt nicht zur Lösung dieses Parlamentsauftrages bei. Im Gegenteil. Der Betroffene einer solchen Politik wäre der Soldat, der nicht genügend ausgerüstet und geschützt wäre.

## Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

**J.VONTOBEL & CO.**

Bankiers

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 488 7111  
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306



## Liberale Leute

Nicht mehr kandidieren wird bei den eidgenössischen Wahlen dieses Jahres die Zürcher Nationalrätin Martha Ribi. Sie gehörte der gros-



sen Kammer seit 1971 an. Bereits zuvor war sie politisch tätig. Während Jahren amtierte sie auch als Vizepräsidentin der FDP der Schweiz.

\*\*\*

Mit Hans Rüeegg hat ein weiterer freisinniger Zürcher Volksvertreter den Entschluss bekanntgegeben, im Herbst nicht mehr zu kandidie-



ren. Er zog ebenfalls 1971 in den Nationalrat ein. Vor seiner Wahl in das eidgenössische Parlament gehörte er während 16 Jahren der Kantonalzürcher Legislative an und präsidierte nach 1970 vier Jahre lang die Zürcher Kantonalpartei.

\*\*\*



Seinen 60. Geburtstag feiern kann am 4. Juli Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich.

\*\*\*

Am 20. Mai konnte alt Nationalrat Ulrich Meyer-Boller seinen 80. Geburtstag feiern. Der Jubilar gehörte als Mitglied der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung von 1955 bis 1971 an. Während seiner parlamentarischen Tätigkeit widmete er sich vorab Fragen der Sozialversicherung und präsidierte die Kommission, die sich mit der 7. AHV-Revision auseinandersetzte. Gross war sein Engagement, bedingt durch seine Tätigkeit als Unternehmer in der Branche für sanitäre Installationen, auch in der Gewerbepolitik. Dem schweizerischen Gewerbe



diente er in verschiedenen Chargen und präsidierte den Schweizerischen Gewerbeverband von 1951 bis 1968. Nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik wirkte der Jubilar unter anderem noch als Präsident des Stiftungsrates des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

\*\*\*

Wechsel im Vorort der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen: Nach St. Gallen folgt Aargau. Neue Prä-



sidentin wurde am Kongress vom 4. Juni in Luzern Dr. Regula Frei-Stolba, Vizepräsidentin der FDP der Schweiz (unser Bild). Die weiteren Mitglieder des Vorstandes: Annemarie Walther, Turgi (Vizepräsidentin); Marianne Gähwiler, Wohlen (Sekretärin); Liselotte Lübke, Aarau (Kassierin); als Vertreterinnen der Sprachregionen (1983-1987): Dolly Duc, Lausanne (Wiederwahl); Margaritha Scala, Massagno (Wiederwahl); als Mitglied mit alternierender Amtsdauer (bis 1985): Elisabeth Kux, Bern.

\*\*\*

Mutationen auch in der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz. An die Stelle der bisherigen, nun jedoch als Bundesrat bzw. Fraktionspräsident ex officio der Geschäftsleitung angehörnden Mitglieder Dr. Rudolf Friedrich und Nationalrat Jean-Jacques Cevey (sie ersetzen alt Bundesrat Dr. Fritz



Jaqueline Maurer

Honegger und den ehemaligen Fraktions- und gegenwärtigen Nationalratspräsidenten Dr. Franz Eng) sowie des zurückgetretenen Ausserrhoder Standesvertreters Dr. Hans-Ulrich Baumberger wurden gewählt: die Waadtländer Grossrätin und Lausanner Gemeinderätin Jaqueline Maurer,

Zur Debatte im Nationalrat

## Neues Eherecht: Die wichtigsten Streitpunkte

Der Nationalrat berät als Hauptgeschäft der Sommersession das neue Eherecht. Nationalrat Dr. Hans Georg Lüchinger erläutert die wichtigsten Streitpunkte:

Die Vorlage liegt seit dem 11. Juli 1979 auf dem Tisch der Bundesversammlung und war im März 1981 vom Ständerat als Erstrat behandelt worden. Die dreissigköpfige vorbereitende Kommission des Nationalrates hat die Revisionsvorlage an 10 Sitzungen von insgesamt 23 Tagen ausserordentlich gründlich geprüft und beantragt dem Plenum sehr zahlreiche Abänderungen. Das durch Zusatzberichte des Bundesrates angereicherte Protokoll der Kommission umfasst rund 1500 Seiten.

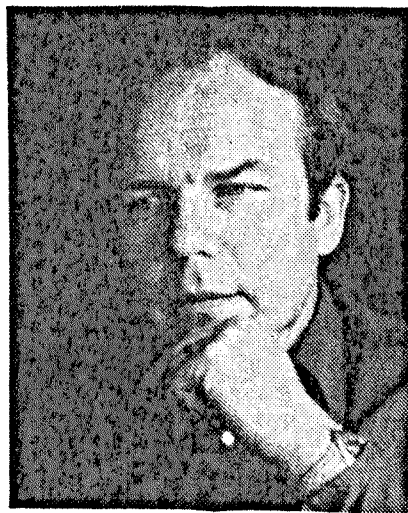
### Unbestrittene Gleichstellung der Ehefrau

Die Gleichstellung der Ehefrau wird im neuen Eherecht fast lückenlos erfüllt. Sie bildet das Hauptmotiv der Revision und ist unbestritten. Der entscheidende Art. 163 des Entwurfes, der die gemeinsame Sorge für die Familie und die Verständigung der Ehegatten über Art und Umfang des Beitrages eines jeden an die eheliche Gemeinschaft vorsieht, gab im Grundsatz zu keiner Diskussion Anlass. Mit der Gleichberechtigung geht eine betonte Vervollständigung der einzelnen Ehepartner einher; der Gemeinschaftsgedanke tritt deutlich zurück.

### Endlose Diskussion um das Namensrecht

Die nationalrätliche Kommission hat nicht weniger als viermal zum Teil stundenlang über die Namensfrage diskutiert und ist jedesmal zu anderen Schlüssen gelangt. Man kann nur wünschen, dass sich das Nationalratsplenum nicht in gleicher Weise verliert. Die Namensfrage ist zu sehr zu einem Symbol hochgeschraubt worden.

Im Prinzip soll der Name des Mannes Familienname bleiben,



Hans Weber

Vizepräsidentin der FDP des Kantons Waadt; Dr. Hans Weber, Präsident der FDP des Kantons Thurgau; sowie Nationalrat Dr. Felix Auer BL.



Felix Auer



aber die Frau soll diesem ihren eigenen Namen auch voranstellen dürfen. Als weiteren Schritt zur Gleichberechtigung wollen zwei Minderheitsanträge die Möglichkeit vorsehen, den Namen der Frau als Familiennamen zu wählen. Eine dritte Minderheit schlägt die Extremlösung vor, dass jeder Ehegatte sein eigenen Familiennamen beibehält. Beim Bürgerrecht ist sich die nationalrätliche Kommission bis auf Formulierungsnuancen einig: Die Ehefrau erwirbt wie bisher das Bürgerrecht des Ehemannes, behält aber das Bürgerrecht bei, das sie als ledig hatte.

### Grundlegende Neuerungen im Güter- und Erbrecht

Der neue ordentliche Güterstand der «Errungenschaftsbeteiligung» bringt für die Dauer der Ehe die Gütertrennung. Bei Auflösung der Ehe werden die Errungenschaften (heutiger Vorschlag) von Mann und Frau je hälftig geteilt. Zur Korrektur der wenig gemeinschaftsfreundlichen Gütertrennung sind verschiedene zum Teil komplizierte Ausgleichsbestimmungen vorgesehen. Die wichtigste soll dem haushaltführenden Ehegatten zugute kommen, der sich mit der Gütertrennung wenig besser stellt als heute. Er hat daher Anspruch darauf, dass der Ehepartner «ihm regelmässig einen angemessenen Betrag zur freien Verfügung ausrichtet».

Wesentlich verbessert werden die Erbansprüche des überlebenden Ehegatten. Er erhält beispielsweise neben Nachkommen statt des heutigen Viertels die Hälfte zu Eigentum, doch wird sein geschützter Pflichtteil gleichzeitig vom bisher vollen Anspruch auf die Hälfte (nach einem Minderheitsantrag auf Dreiviertel) des gesetzlichen Erbanteils reduziert.

### Wichtigste Streitpunkte

Neben dem Namensrecht bildet die regelmässige Ausgleichszah-

lung zugunsten des haushaltführenden Ehegatten einen ersten wichtigen Streitpunkt. Die unbestimmte Formulierung dieser Bestimmung hat im Gewerbe die Befürchtung geweckt, es könnte dadurch die Weiterentwicklung eines Familienbetriebes finanziell unvermögt werden. Ein Minderheitsantrag verlangt daher in Anlehnung an die vom Ständerat beschlossene Lösung, dass die Vorsorge für Familienwohnung und Beruf durch den Ausgleich nicht gefährdet werden dürfe. Gewerbepolitische Bedeutung hat auch der Minderheitsantrag, der auf die vorgesehene obligatorische Zustimmung des Ehegatten zum Verkauf der eigenen Wohnung oder des Wohnhauses verzichtet und statt dessen im Notfall den Eheschutzrichter einschalten will. Neben grundbuchrechtlichen Unsicherheiten könnte diese Bestimmung die gewerbliche Entfaltung da erschweren, wo Wohnung und Gewerbebetrieb in einem gleichen Gebäude untergebracht sind.

Bekämpft wird ferner die Auflage an die Kantone, für Ehe- und Familienberatungsstellen zu sorgen. Die eine neue Staatsaufgabe begründende Bestimmung passt schlecht in die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten von Bund und Kantonen. Stark umstritten ist auch die Bestimmung, wonach eine ehevertraglich geschlossene Begünstigung der überlebenden Ehegatten bei der Teilung der Errungenschaft die Pflichtteile der Nachkommen nicht beeinträchtigen darf. Eine Minderheit verlangt die Streichung dieser Bestimmung, eventuell ihre Beschränkung auf nicht gemeinsame Nachkommen. Bei der Gütergemeinschaft verlangt eine starke Minderheit eine Begrenzung der allzu scharfen Haftungsbestimmungen, welche diesen ausserordentlichen Güterstand unattraktiv machen würden.

Ernsthafte Opposition gegen das neue Eherecht hat bis heute erst der Schweizerische Gewerbeverband signalisiert. Er befürchtet, dass die starke Erhöhung der Güter- und erbrechtlichen Teilungsansprüche der Ehefrau die Weiterführung vieler gewerblicher Familienbetriebe durch Nachkommen finanziell unmöglich machen würde. Diesem ernsthaften Bedenken darf aber nicht durch eine ungerechte generelle Benachteiligung der Ehefrau Rechnung getragen werden. Vielmehr müssen ehevertragliche Sonderlösungen ermöglicht werden, womit auf die unterschiedlichen Bedingungen jedes gewerblichen Einzelfalles Rücksicht genommen werden kann. Dazu werden im Plenum ohne Zweifel noch zusätzliche Anträge unterbreitet werden.

Ein den Einzelnen so direkt und intim betreffendes Gesetz wie das neue Eherecht muss im Referendum mit Opposition aus den verschiedensten Gründen her gut daran, eher umstrittenen Balast abzuwerfen als zusätzlichen aufzuladen.

BANK JULIUS BÄR.  
ZÜRICH

Vermögensverwaltung  
auf individueller Basis

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11  
New York 001 212 949-90-44